

"Genossenschaftliches Volksblatt" und Teuerung

Autor(en): **S. S.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **10 (1915)**

Heft 9

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350964>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir verlangten Hilfe, wurden aber mit den Worten abgespeist: Wer arbeiten will, findet Arbeit. Heute denkt man auch in der öffentlichen Meinung darüber ganz anders.

So wandelt sich in dem Maß, wie die Arbeiterschaft selbst Geltung erringt, auch das öffentliche Denken. Das soll und darf uns beileibe nicht etwa einschläfern. Es muß uns im Gegenteil umso mehr antreiben, an der Agitation und Organisation der großen Massen, die noch draußen stehen, mit allen Kräften weiter zu arbeiten. Aber es gibt uns die Sicherheit, daß wir doch zum Ziele gelangen werden: Zu einer Gesellschaft, die mehr und mehr die Sorgen und das Elend beseitigen wird, die nicht nur Lebensgüter genug erzeugen, sondern sie auch allen ausreichend zugute kommen läßt — weil sie den großen, heute brachliegenden und verkümmerten Kräteschatz für die ganze Gesellschaft nützen wird. H. G.

„Genossenschaftliches Volksblatt“ und Teuerung.

Sehr geehrte Redaktion!

Gestatten Sie mir, daß ich nochmals den kostbaren Raum Ihrer geschätzten Zeitung in Anspruch nehme.

Die Ausführungen des Vorstandes des B. S. K. in der letzten Nummer der „Vorkämpferin“ rufen in mir die Frage wach:

Wie steht es mit dem Wucher?

Wer hat Recht, die Organe des B. S. K., die behaupten, es gibt keinen Wucher und künstliche Preistreiberei, oder die „Berner Tagwacht“, das „Volksrecht“, der „Grütlianer“, das „Echo vom Rheinfall“ und die übrigen Parteizeitungen, die täglich Notizen bringen über Preistreibereien, Festsetzung von Höchstpreisen zc. zc. Am 24. Juli beauftragte der Gemeinderat von Zofingen die Marktpolizei, sich mit derjenigen anderer Ortschaften (Olten, Langenthal, Aarau usw.) in Verbindung zu setzen, damit auf dem Wochenmärkten in Zofingen nicht höhere Preise gefordert werden als andernorts. In Korschach tagte am 2. August eine Konferenz von sozialdemokratischen Behördemitgliedern, die sich mit Maßnahmen gegen die Preistreibereien befaßte. Im „Bund“, der gewiß nicht im Verdachte steht, sozial geschrieben zu sein, wurde gegen das Auftreten der Schweinemehger von Lausanne reklamiert. In Winterthur ist es nur dem Einschreiten des Stadtrates zu verdanken, daß dort der von den Mehgern projektierte Raubzug auf die Taschen der Konsumenten unterblieb. Im „Echo vom Rheinfall“ wurde vor ein paar Tagen von einer holden Maid berichtet, die auf dem Markte für ein Kilo Butter Fr. 3.60 verlangte. Als man ihr dann sagte, das sei etwas zu viel, da wurde sie so grob, daß sich die Frau, welche schüchtern ihrer Meinung über den hohen Preis Ausdruck gab, flüchten mußte. Warum wurden in Zürich und Bern für Kirschen Höchstpreise angesetzt und warum wurden dann sofort keine mehr aufgeführt? Warum liefert der Nordostschweizerische Milchproduzentenverband die Milch bil-

liger nach Singen und Konstanz als nach Schaffhausen und Winterthur? Diese Beispiele könnten zu Dutzenden, ja zu Hunderten vermehrt werden. Das alles scheint den Organen des B. S. K. verborgen zu bleiben, denn sie halten an ihrem Standpunkte, es gibt keine Preistreiberei, fest.

Hier gibt es nur zwei Wege. Entweder die Parteiblätter übertreiben und belügen das Volk, ihre Abonnenten. Dann gehören die Redakteure zum Teufel gejagt, denn wir wollen von unserer Presse nicht hinters Licht geführt werden. Das besorgt dem armen Volke gegenüber die bürgerliche Presse schon in genügendem Maße. Oder aber, die Berichte über Teuerung entsprechen der Wahrheit, dann ist es Pflicht der organisierten Konsumenten, das Geschäftsgebahren des B. S. K. gründlich unter die Lupe zu nehmen. Wir können und wollen nicht dulden, daß von jener Seite etwa die Politik der „Firma Bauernheiland Laur und Konsorten in Bern“ gebilligt oder gar unterstützt wird.

Zum Milchausschlag.

Im besagten Artikel wird ferner behauptet, die Preise für die Milch seien nicht übertrieben hoch. Das habe ich auch nicht behauptet. Ich bin lediglich der Meinung, daß sich die Konsumenten von den Bauern, die jedesmal, wenn Arbeiter etwas mehr Lohn fordern, sofort „rote Bände“ und „fremde Jöbel“ aussteilen und mit Schmerzen auf den Augenblick warten, da ihnen befohlen wird, in dem „Ehrenkleide des Vaterlandes“ mit dem Gewehre in der Hand gegen streifende Arbeiter (Montreux, Davos, Zürich) vorzugehen, in der heutigen Zeit keine neuen Aufschläge gefallen lassen sollen. Lesen Sie bitte die Berichte über die Milchpreisausschläge Singen und Schaffhausen im „Echo vom Rheinfall“ vom 31. Juli und 2. August, ferner den Artikel „Terrorismus“ in der „Berner Tagwacht“ vom 2. August.

Die Kartoffel- und Obstfrage.

Was ich von den Kartoffeln gesagt, davon nehme ich kein Wort zurück. Ich bin heute noch der Ansicht, daß die Beschlüsse der Landesbehörden sehr oft wissentlich und mit Willen etwas zu spät kommen. Warum haben wir denn heute noch kein Obst- und Obstproduktenausfuhrverbot, wo doch jedes Kind weiß, daß im Thurgau (ebenso im St. Galler- und Appenzellerland; die Red.) deutsche Händler schon jetzt die ganze Ernte aufkaufen. Aber nicht nur die Ausfuhr von Obst sollte heute schon verboten sein, auch Most zc. darf nicht ausgeführt werden, sonst werden die Preise trotz Obstausfuhrverbot unerschwinglich.

Weber Reis noch Gerste darf verbrannt werden.

Was nun die Verbräunung von Reis anbetrifft, bin ich der Meinung, daß auch in der Schweiz erzeugte Gerste nicht verbrannt werden sollte. Ich befinde mich mit dieser Ansicht in guter Gesellschaft, ist doch erst kürzlich von verschiedenen Nationalräten (als solche werden bekanntlich nur ganz gescheite Leute gewählt) an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet worden, worin verlangt wird, daß die Verbräunung von Reis und einheimischer Gerste verboten werde. (Siehe Grütlianer vom 30. Juli.) Diese beiden seien Volks-

nahrungsmittel von unschätzbarem Werte, den Bierbrauerei sei es immer noch möglich, Malz aus Amerika einzuführen, für das Volk könne es gleichgültig sein, wenn das Bier dadurch etwas teurer werde. Wir haben jetzt für genügend und billige Nahrungsmittel zu sorgen und erst nachher für Genußmittel. Sonderbar macht sich ferner die Angst um die arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter, wenn man weiß, daß die Konsumvereine mit von den ersten waren, die ihrem Personal die Ferien und den Lohn kürzten.

Die Fleischpreise.

In bezug auf die Fleischpreise gebe ich zu, daß heute nicht überall Wucher an den hohen Preisen die Schuld trägt. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß die Erschwerung der Einfuhr von Gefrierfleisch (Zolltarif) in früheren Jahren seit Kriegsausbruch die bösesten Folgen gezeitigt hat. So gut wie wir heute andere Lebensmittel überseeisch erhalten, so gut könnten wir heute Gefrierfleisch beziehen, wäre eben vor Jahren die Einfuhr nicht im Interesse der armen Bauern erschwert oder gar verunmöglicht worden.

Die Demonstrationen der Arbeiterschaft.

Teuerungsdemonstrationen haben den Wert, weiten Kreisen der Bevölkerung zum Bewußtsein zu bringen, daß sie ihre heutige Notlage dem Kriege, dem Militarismus, dem Staate, der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verdanken haben. Sie bieten ferner eine Gelegenheit für unsere Redner, über den gegenwärtigen Raubzug der Großfinanziers am Proletariat zu Leuten sprechen zu können, die sonst für uns unerreicht sind. Aber auch genossenschaftliche Propaganda dürfte dabei nicht zu kurz kommen.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ vom Juli schreibt zu diesem Kapitel: „In der Schweiz liegen die Dinge so, daß die notleidenden Volksschichten ihre Stimme laut vernehmen lassen müssen, sonst glaubt niemand daran, daß es in diesem glücklichen Lande noch unglückliche Menschen gibt. Deshalb die Teuerungsdemonstrationen, deren praktischen Wert man leider in der Leitung des V. S. K. noch nicht zu erfassen vermochte. — In allerjüngster Zeit scheint sich eine Wendung zum Besseren geltend machen zu wollen.“ Ich bin also hier mit meiner Ansicht wieder nicht allein auf weiter Flur.

Warum das holländische System nicht eingeführt werden kann? Doch ganz einfach darum, weil man fürchtet, am Ende vom Jahre nicht mit so hohen Umsatz- und Rückvergütungsziffern rechnen zu können. Warum können denn die Lebensmittel, wenn doch schon der Staat sie einführen muß, nicht im Preise auf ihren Stand vor dem Kriege reduziert an die Konsumgenossenschaften und Händler abgegeben werden? Dieselben würden das Recht erhalten, für ihre Mühe einen vom Bund pro Kilo festgesetzten Aufschlag zu verlangen. Für alle diese Artikel wären die Preise auf Tafeln (ähnlich den großen Weinfarten in den Wirtschaften) an leicht sichtbaren Stellen im Laden aufzuhängen. Es braucht dann niemand entlassen zu werden. Diese Art würde auch nicht den Stempel von Almosen tragen. Ich kann überhaupt

nicht begreifen, wie man diesen Ausdruck wählen kann. Der Staat verlangt, daß jeder Mann Militärdienst macht, daß er sein Geschäft, seinen Verdienst, seine Gesundheit opfere. Warum darf denn der Bürger vom Staate nichts verlangen? Im „Emmenthaler“ habe ich kürzlich gelesen, daß die Regierung Kupfervitriol angekauft habe und dieses nun zu einem Zehntel des Einstandspreises an die Weinbauern abgegeben werde. Und die anderen neun Zehntel? Sind das Almosen? Wenn ein Jauchekasten oder eine Rebstraße subventioniert wird, sind das Almosen? Wenn das Schweizerische Justizdepartement durch den Bund eine Hilfsaktion für die bedrängten Hoteliers einleitet, sind das Almosen? Wenn den Bundesräten ihr Gehalt um einige tausend Franken erhöht wird, sind das Almosen? Wenn irgendwo ein guter Vetter eine Stelle als General- oder Kreiseisenbahndirektor erhält, sind das Almosen?

Gott bewahre! Kein Mensch spricht davon.

Aber wenn wir verlangen, ein menschenwürdiges Dasein fristen zu wollen, dann spricht man von Almosen. Und doch sollte der Staat, der uns unser ganzes Leben lang als eigen und ihm versallen beansprucht, dafür sorgen, daß wir zu leben imstande sind. Wenn wir ferner verlangen, daß heute diejenigen bezahlen, die aus dem Kriege ernten, sind das auch Almosen? Ja, ja, „vor dem Gesetze sind alle Bürger gleich!“ S. S.

Mitteilungen des Zentralvorstandes

Vorstandssitzungen vom 30. Mai, 19. Juli und 16. Aug. 1915.

Um eine geordnete Expedition der „Vorkämpferin“ zu ermöglichen, sollen Adressenänderungen, Eintritte und Austritte monatlich der Zentralkassierin, Frau Halmer, Asylstraße 88, mitgeteilt werden.

Der Zentralvorstand wird ein Flugblatt herausgeben, das bei öffentlichen Versammlungen und Veranstaltungen zu Agitationszwecken verteilt werden soll.

Die Bildungsausschüsse aller Arbeiterunionen sollen ersucht werden, in ihrem Arbeitsprogramm ein oder zwei Abende der Arbeiterinnenbewegung einzuräumen.

Um der „Vorkämpferin“ einen größeren Leserkreis zu gewinnen, soll das Verbandsorgan auch kolportiert werden.

Die Verhaftung der internationalen Sekretärin der sozialistischen Frauen hat den Zentralvorstand veranlaßt, in der schweizerischen Parteipresse einen Protestaufruf zu erlassen und öffentliche Protestversammlungen zu veranstalten.

Erfahrungen mancher Art und eingegangene Wünsche geben Anlaß, sich nochmals mit der Veranstaltung von Kursen für Vereinsleitung zu befassen. Man wird nun vorerst durch Zirkular an alle Arbeiterunionen gelangen, damit solche Kurse auf die Winterprogramme genommen werden, wo die Verhältnisse es ermöglichen.

Des weitern befaßte sich der Zentralvorstand mehrfach mit der Teuerung, die immer schwerer auf der Arbeiterschaft lastet und beim Proletariat Unterernährung und Krankheit im Gefolge hat. Reicht doch der Arbeitslohn, der früher schon knapp genug war, heute, wo er oft gekürzt ist, in Tausenden von Arbeiterfamilien nicht mehr aus zu genügender Ernährung. Die Erfahrungen der Kriegsmomente beweisen, daß Eingaben an Behörden, um wenigstens die in der Schweiz produzierten Lebensmittel, wie Milch, Gemüse, Früchte, zu einem erschwinglichen Preise zu erhalten, bei uns meist ohne jeglichen Erfolg sind. Immer prallen